

Der Ausschuss für Umwelt und Technik

e m p f i e h l t

dem Kreistag mit 12 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen, wie folgt zu beschließen:

Soweit Fragen von grundsätzlicher kommunalpolitischer Bedeutung in Rede stehen, unterstützt der Kreistag die in der Vorlage der Verwaltung enthaltenen Positionen. Insbesondere wird von der Region Folgendes gefordert:

- a) Im Regionalplan ist für den Landkreis Ludwigsburg analog zu dem vom Statistischen Landesamt festgestellten Wohnungsfehlbedarf ein entsprechend höherer Schlüssel für die Siedlungsentwicklung in den Kommunen vorzusehen.
- b) Ein Interkommunales Gewerbegebiet in der Region Großbottwar/Oberstenfeld für den Eigenbedarf soll vorgesehen werden, um so die Eigenentwicklung der Gemeinde Oberstenfeld und der Stadt Großbottwar sicherzustellen.
- c) Die vorgesehene gebietsscharfe Festlegung der Einzelhandelsprojekte über 800 qm im Regionalplan ist gemäß dem geltenden Bundesrecht auf diejenigen Fälle zu beschränken, in denen ein Einzelhandelsprojekt raumordnerisch negative Auswirkungen entfaltet.
- d) Das Grundrecht der Städte und Gemeinden auf Ausübung der kommunalen Planungshoheit ist sicherzustellen. Deshalb ist die Mehrfachbelegung der Flächen, die bereits umfassend durch europäische Schutzgebiete sowie Naturschutz-, Wasserschutz- und Landschaftsschutzgebiete unter Schutz gestellt sind, mit Vorbehaltsgebieten und Regionalen Grünzügen zurückzunehmen. Die fast vollständige Belegung der Freiräume mit Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren ist wieder auf ein verträgliches Maß zurückzuführen.
- e) Die Chancengleichheit der Kommunen, insbesondere soweit diese im Grenzbereich zu Nachbarregionen liegen, muss sichergestellt werden.
- f) Die von der Region beabsichtigte einheitliche Aufgabenträgerschaft für den schienengebundenen Personennahverkehr sowie die angestrebte Bündelung der Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV ist aus dem Regionalplan zu streichen.
- g) Die Verwaltung wird gebeten, die berechtigten Anliegen der Städte und Gemeinden im Rahmen ihrer Zuständigkeit als Untere Verwaltungsbehörde zu unterstützen.